

Freitag, den 19.06.2015 – 6./7. Stunde

Wirtschaft und Wirtschaftspolitik – Ist die „Agenda 2010“ Ursache für den wirtschaftlichen Erfolg Deutschlands?

Name: _____

1. Lies den Text **M. Bofinger** setzt sich mit der Reformpolitik „Agenda 2010“ auseinander, der häufig unterstellt wird, sie sei eine vorbildliche Wirtschaftspolitik gewesen. Arbeite Bofingers Kritikpunkte und sein Urteil, ob die Agenda 2010 tatsächlich Ursache der guten wirtschaftlichen Lage Deutschlands sei, heraus. 30%
2. „Die Lohnzurückhaltung habe zu einer Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands beigetragen“ (Z: 31f.). Erkläre den im Zitat unterstellten Zusammenhang und erläutere drei Funktionen des Wettbewerbs. 25%
3. Nenne die wirtschaftspolitischen Ziele des „Magischen Vielecks“. Zeige anhand eines Zielkonfliktes den magischen Charakter des Vielecks auf. 20%
4. „Arbeitszeitverkürzung fördere einen hohen Beschäftigungsstand“ (Z: 63ff.). Setze dich mit dieser Behauptung auseinander. 25%

Am Ende bitte Wörter zählen! ☺☺☺

Viel Erfolg!!!

M Peter Bofinger: Deutschland – (k)ein Vorbild für Europa?

Was hat eigentlich die Eurokrise verursacht? Aus deutscher Sicht ist die Antwort eindeutig: Eine verfehlte, zu wenig auf Reformen setzende Wirtschaftspolitik in den Krisenstaaten. Die deutsche Wirtschaftspolitik der vergangenen Jahre wird dagegen oft als vorbildlich dargestellt. Auch deshalb wird den „Problemländern“ geraten, sich am deutschen Modell zu orientieren. Und das wird häufig mit der Agenda 2010 gleichgesetzt.

Aber ist die derzeitige Stärke der deutsche Wirtschaft wirklich auf die Reformen von Gerhard Schröder zurückzuführen? Lässt sich etwa der Erfolg von BMW damit erklären, dass Langzeitarbeitslose seit der Hartz-IV-Reform¹ den strikten Bestimmungen des Arbeitslosengelds II unterliegen? Wohl kaum.

Vielmehr ist Deutschland besonders von Familienunternehmen geprägt, die nicht dem Druck der internationalen Finanzmärkte unterliegen. Das ermöglicht eine nachhaltig ausgerichtete Produkt- und Investitionspolitik, die sich auf Dauer mehr lohnt als ein kurzatmiger Aktionismus, der allenfalls vorübergehend hohe Renditen² verspricht.

Diese fundamentale Stärke ist in der deutschen Debatte in den Jahren 2000 bis 2005 völlig aus dem Blick geraten. Deutschland musste durch die Einheit³ einen unvermeidlichen Anstieg der Arbeitslosigkeit und entsprechende Belastungen der sozialen Sicherungssysteme verkraften. Im Kern war die deutsche Wirtschaft damals so robust, dass sie diese extreme Belastung mit einer nur geringen Wachstumsverlangsamung bewältigen konnte. Die Stärke der deutschen Wirtschaft ist somit nicht auf die Reformen der Schröder-Regierung zurückzuführen. Sie war schon immer da und nur zeitweise durch die Kosten der Einheit verdeckt. Jetzt ist jetzt wieder allgemein sichtbar.

Wie sehr die Agenda 2010 überschätzt wird, lässt sich daran sehen, dass der deutsche Arbeitsmarkt im internationalen Vergleich auch heute noch alles andere als flexibel ist. So stellte der Sachverständigenrat für Wirtschaft im Jahresgutachten 2013/14 fest, dass er „weiterhin mit zu den am

25 stärksten regulierten der Welt“ zählt. [...] In der Analyse der Ökonomen wird zu Recht auf die Lohnzurückhaltung in den Jahren 2000 bis 2007 verwiesen. In dieser Phase verminderte sich der Anteil der Arbeitnehmerentgelte am Volkseinkommen von 72 auf 63 Prozent. Die Nettolöhne⁴ der Arbeitnehmer gingen preisbereinigt um rund zwei Prozent zurück. Nach 2007 hat sich die Lohnzurückhaltung jedoch nicht fortgesetzt. Die Lohnquote⁵ ist vielmehr wieder gestiegen und lag im vergangenen Jahr bei 67 Prozent. Der Rückgang der Reallöhne kann deshalb nicht mit den Hartz-IV
30 Reformen in Verbindung gebracht werden, die erst im Januar 2005 in Kraft getreten sind.

Die Lohnzurückhaltung hat zweifellos zu einer Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands beigetragen. Die Kehrseite der Medaille war jedoch eine über Jahre hinweg stagnierende Binnennachfrage, die in dieser Phase so – mit Ausnahme Japans – in keinem OECD-Land zu beobachten gewesen ist. Für die deutsche Wirtschaft führte dies zunächst zu einer über vier Jahre
35 anhaltenden Stagnation und zu einem deutlichen Anstieg der Arbeitslosigkeit. Erst ganz allmählich kam es durch die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit zu einem Exportboom, der die schwache Binnenkonjunktur überkompensierte. In Westdeutschland ist dabei die Arbeitslosigkeit, die im März 2005 ihren bisherigen Höchststand von 3,332 Millionen registrierten Arbeitslosen erreichte, aktuell mit 2,074 Millionen kaum geringer als zu Ende 2000 mit 2,283 Millionen. Ein wesentlicher Teil des
40 Erfolges bestand also darin, die zuvor durch die Lohnzurückhaltung entstandene Arbeitslosigkeit wieder abzubauen.

Wäre eine solche Strategie für alle Länder des Euroraums vernünftig? Der zwischen 1999 und 2007 steigende Leistungsbilanzüberschuss⁶ gegenüber den übrigen Eurostaaten zeigt, dass Deutschland in dieser Phase wesentlich von der Wirtschaftsdynamik im Ausland abhängig war. Hätten sich alle
45 Länder des Euroraums für stagnierende oder gar sinkende Löhne entschieden und damit die Binnennachfrage geschwächt, hätte es keinen deutschen Exportboom gegeben. Der gesamte Euroraum wäre stattdessen in japanische Verhältnisse mit einer deflationären Entwicklung verfallen.

Die scheinbar tugendhafte deutsche Wirtschaftspolitik konnte und kann nur funktionieren, weil sich andere Länder scheinbar untugendhaft verhalten haben. Deutschland erzielt zwar keine hohen
50 Exportüberschüsse mehr gegenüber Ländern wie Spanien oder Irland. Aktuell summiert sich fast 60 Prozent des Überschusses auf die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich. Aber auch hier gilt, dass Deutschland von einer Wirtschaftspolitik in diesen Ländern profitiert, die hierzulande als falsch angesehen wird.

Es stellt sich somit die Frage, ob es überhaupt einen Beleg für positive Effekte der Hartz-Reformen
55 gibt. Die USA und Großbritannien, die beide als besonders wirtschaftsfreundlich und dereguliert⁷ gelten, haben die Wirtschaftskrise allein durch neue Schulden und eine äußerst lockere Geldpolitik überwunden. Und die dynamische chinesische Volkswirtschaft ist mit ihren Staatsunternehmen und einem streng regulierten Finanzsystem ebenfalls kein Beleg dafür, dass Deregulierung eine Voraussetzung für wirtschaftlichen Erfolg darstellt.

60 Aber immerhin könnten Reformen eine Lohnzurückhaltung befördern, indem sie die Verhandlungsposition der Arbeitnehmer schwächen. [...]

Aber es gibt doch etwas, was andere Länder von Deutschland erfolgreich übernehmen könnten. Angesichts der guten Beschäftigungssituation wird oft übersehen, welche Rolle die Verkürzung der Arbeitszeit gespielt hat. Im Jahr 2013 war die Zahl der Arbeitsstunden fast genauso hoch wie 2000. Es
65 kann also keine Rede davon sein, dass durch die „Reformen“ mehr Arbeitsanreize geschaffen wurden. Wenn jedoch 2013 fast 2,5 Millionen Menschen mehr beschäftigt waren als im Jahr 2000, ist dies auf eine deutliche Reduzierung der Arbeitszeit je Erwerbstätigen zurückzuführen. Die von den Gewerkschaften traditionell Jahrzehnten geforderte Arbeitszeitverkürzung hat sich somit nicht nur in der Krise des Jahres 2009 bewährt.

Peter Bofinger ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Würzburg. Der 56-Jährige ist seit März 2004 Mitglied im Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

¹ **Hartz-IV-Reform:** Ein Gesetz aus dem Paket der 2004 beschlossenen Arbeitsmarkt- und Sozialreformen, welches vor allem die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe (damalige Existenzsicherung) zum Arbeitslosengeld II regelt.

² **Rendite:** tatsächliche Verzinsung einer Kapitalanlage oder Investition

³ **Einheit:** gemeint ist hier die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten BRD und DDR 1990.

⁴ **Nettolohn:** ist der nach Abzug von Steuern und Versicherungsbeiträgen für die gesetzliche Sozial-, Arbeitslosen- und Krankenversicherung verbleibende Anteil.

⁵ **Lohnquote:** bezeichnet den Anteil der Einkommen aus Erwerbsarbeit gemessen am gesamten Volkseinkommen. Sie ist ein wichtiger Anzeiger für die Einkommensverteilung in einem Land.

⁶ **Leistungsbilanzüberschuss:** entsteht beim Vorliegen eines außenwirtschaftlichen Ungleichgewichts. Es werden mehr Waren exportiert als importiert, so dass das Nettoauslandsvermögen dieses Landes steigt.

⁷ **deregulieren:** bedeutet, dass der Staat sich wenig in die Wirtschaftsabläufe einmischt. Gegenteil: man spricht von einer stark regulierten Wirtschaft, wenn der Staat sehr viele Vorgaben macht und in die Wirtschaft regulierend eingreift.

¹ **Hartz-IV-Reform:** Ein Gesetz aus dem Paket der 2004 beschlossenen Arbeitsmarkt- und Sozialreformen, welches vor allem die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe (damalige Existenzsicherung) zum Arbeitslosengeld II regelt.

² **Rendite:** tatsächliche Verzinsung einer Kapitalanlage oder Investition

³ **Einheit:** gemeint ist hier die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten BRD und DDR 1990.

⁴ **Nettolohn:** ist der nach Abzug von Steuern und Versicherungsbeiträgen für die gesetzliche Sozial-, Arbeitslosen- und Krankenversicherung verbleibende Anteil.

⁵ **Lohnquote:** bezeichnet den Anteil der Einkommen aus Erwerbsarbeit gemessen am gesamten Volkseinkommen. Sie ist ein wichtiger Anzeiger für die Einkommensverteilung in einem Land.

⁶ **Leistungsbilanzüberschuss:** entsteht beim Vorliegen eines außenwirtschaftlichen Ungleichgewichts. Es werden mehr Waren exportiert als importiert, so dass das Nettoauslandsvermögen dieses Landes steigt.

⁷ **deregulieren:** bedeutet, dass der Staat sich wenig in die Wirtschaftsabläufe einmischt. Gegenteil: man spricht von einer stark regulierten Wirtschaft, wenn der Staat sehr viele Vorgaben macht und in die Wirtschaft regulierend eingreift.